
Von Adenauer bis Kohl – Zur christlich-demokratischen Deutschlandpolitik 1945 – 1990

Jürgen Aretz

Die Wiedervereinigung: Beharren und Preisgabe

Wir erinnern uns: Bei den Demonstrationen im Herbst 1989 trugen die Menschen in der DDR zunächst Spruchbänder mit den Worten „Wir sind das Volk“. Kaum jemand in Ost und West hätte noch kurz zuvor einen solchen Protest für möglich gehalten: Die Bürger stellten sich offen gegen das SED-Regime, das sie ohnehin nie demokratisch legitimiert hatten.

Wenig später zeigten die Demonstranten schwarz-rot-goldene Fahnen, in denen das Staatssymbol der DDR, Hammer, Zirkel und Ährenkranz, fehlte, und schließlich hatte die Botschaft der Transparente durch den Austausch eines einzigen Wortes eine historisch neue Qualität erlangt. Mit der Feststellung „Wir sind ein Volk“ stand plötzlich die nationale Frage der Deutschen wieder ganz oben auf der politischen Agenda. Sie hatte zur Verblüffung von Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit, mehr aber noch von vielen in der medialen und politischen Elite der Bundesrepublik, wieder einen Spitzenplatz auf der politischen Tagesordnung erlangt – wie sie ihn in den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik ganz selbstverständlich innegehabt hatte. Diese Aktualisierung erfolgte zu allem Überfluß von der „falschen“, weil ganz und gar unerwarteten Seite der Grenze, die längst nicht mehr allgemein als „innerdeutsch“ empfunden wurde.

In den folgenden Wochen traten auch in Westdeutschland politische Wandlungen ein, die für manche Beobachter fast so überraschend kamen wie die Veränderungen in der DDR. Zur Maueröffnung formulierte Willy Brandt in Anlehnung an ein literarisches Zitat: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Einige Monate zuvor hatte der ehemalige Bundeskanzler die Idee der Wiedervereinigung noch als „Lebenslüge der Bundesrepublik“ bezeichnet. Seine späteren Nachfolger als SPD-Parteivorsitzende, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder, waren so weit gegangen, eine Politik, die auf die Wiedervereinigung zielte, zu einer Gefahr für den Frieden zu erklären.

Tatsächlich hat es gerade in der SPD von der Nachkriegszeit bis zum Ende der 80er Jahre einen deutschlandpolitischen Positionswechsel gegeben, wie er gegensätzlicher kaum vorstellbar und mit veränderten politischen Rahmenbedingungen allein auch nicht erklärbar scheint. Der Bogen spannt sich von Kurt Schumachers betont nationalen und antikommunistischen Positionen bis zu Helmut Schmidt, den mit der DDR-Staatsspitze „ein von zunehmender Intensität und Distanzlosigkeit gezeichnetes Miteinander“ verband (H.-P. Schwarz). Trotz Schmidts Einsatz für den KSZE-Prozeß gab es in diesem Miteinander für DDR-Bürgerrechtler und Oppositionelle keinen Platz mehr.

Derselbe Helmut Schmidt geriet wegen seiner Befürwortung des NATO-Doppelbeschlusses massiv unter Kritik. Ein SPD-internes Bündnis von politischen Gegnern und Fraktionsmitgliedern, die vor dem Hintergrund der Friedensbewegung den Druck der Medien nicht glaubten aushalten zu können, hat ihn dann zu Fall gebracht.

Zu seinen Gegnern hatten gerade jüngere Sozialdemokraten aus der Generation der 30- bis 40jährigen gehört, die mit ihrer Forderung nach einer „zweiten Ostpolitik“ eine noch weitergehende Annäherung an die DDR wollten. Dazu gehörte auch die Bereitschaft, auf die 1980 formulierten „Geraer Forderungen“ von SED-Generalsekretär Ho-

necker einzugehen. Sie verlangten u. a. die Auflösung der „Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter“. Dort ermittelten Staatsanwälte, die aus den Ländern abgestellt waren, wegen der in den DDR-Haftanstalten und an der innerdeutschen Grenze begangenen Verbrechen. Die „Geraer Forderungen“ zielten auch auf die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und die Aufnahme „regulärer“ diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Das hätte die DDR für die Bundesrepublik zum Ausland und ihre Bürgerinnen und Bürger zu Ausländern gemacht. Der in der Präambel des Grundgesetzes von 1949 postulierte Selbstbestimmungsanspruch wäre erloschen und der Weg zur Wiedervereinigung verschlossen gewesen. Die nationale Frage der Deutschen hätte sich durch die politische Hintertür erledigt – und damit auch die Hoffnung der Menschen in der DDR auf ideelle und materielle Möglichkeiten, wie sie in Westdeutschland bestanden und dort für ganz selbstverständlich genommen wurden.

Eine solche Politik ist für die CDU von ihren Anfängen 1945 bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit 1990 zu keinem Zeitpunkt in Betracht gekommen. Der Umgang mit der DDR war für die CDU nicht nur ein Problem der Realpolitik, sondern immer auch eine moralische Frage. Vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts konnte es für die christlichen Demokraten nicht in Betracht kommen, die zweite Diktatur auf deutschem Boden anzuerkennen, die zwar mit der ersten nicht gleichgesetzt werden kann und darf, aber sehr wohl Parallelen aufweist.

Dieser Grundkonsens der Partei bedeutete freilich nicht, daß es nicht auch in der CDU heftige Kontroversen über die deutsche Frage und den besten Weg zu ihrer Lösung gegeben hat. Anfang der 70er Jahre blieb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Auseinandersetzung um die Ostpolitik Willy Brandts als Minimalkonsens nur die Stimmenthaltung. Aber selbst in dieser krisenhaften Zuspitzung und aus der



Bundestagswahl 1953

vergleichsweise schwachen Position als Oppositionsfraktion hat die Union noch langfristigen deutschlandpolitischen Einfluß genommen. Mit der von ihr erzwungenen Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 und durch die im wesentlichen erfolgreiche Verfassungsklage des Freistaates Bayern gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR wurde die deutsche Frage rechtlich offengehalten und damit eine zentrale Voraussetzung für den 3. Oktober 1990 geschaffen.

Gleichwohl haben auch manche CDU-Politiker zu Irritationen beigetragen. Das gilt für Berliner Landespolitiker der frühen 80er Jahre ebenso wie für Bundespolitiker, die sich wie die Vertreter aller Parteien an der medienträchtigen Wallfahrtsbewegung zu Erich Honecker beteiligt haben. Es muß dahingestellt bleiben, ob im Hintergrund dieser Begegnungen tatsächlich in jedem Fall etwas für die Menschen in der DDR bewegt werden konnte.

In diesen Kontext mag gehören, daß in einem 1988 vorgelegten Diskussionsentwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, ein Schlüsselbegriff christlich-demokratischer Deutschlandpolitik, nicht mehr explizit erwähnt wurde. Der Parteivorstand unter Helmut Kohl hat diesen Text unverzüglich korrigiert, bevor überhaupt eine größere Diskussion entstehen konnte.

Andere Vorstöße einzelner CDU-Politiker, die die deutschlandpolitische Linie der Partei in durchaus verschiedener Richtung verändern wollten – so ging es u. a. um einen „härteren“ Kurs gegenüber dem SED-Regime – hatten ebenso wenig Aussicht auf Erfolg. Weder die Parteiführung noch die Parteibasis war hier, um ein früheres Wahlkampfmotto aufzunehmen, zu Experimenten bereit. Auch wenn die Wiedervereinigung seit den späten 70er Jahren nicht mehr oberste politische Priorität in der Partei besaß – die CDU hat den Anspruch auf eine freiheitliche Lösung der deutschen Frage stets aufrechterhalten.

Historische Ausgangspunkte

Diese grundsätzliche Kontinuität war eine der zentralen Voraussetzungen dafür, daß Kohl den historischen Kairos nutzen konnte. Mehr als 40 Jahre nach Adenauers Weichenstellungen wurde seine Konzeption zur Wiedererlangung der deutschen Einheit bestätigt. Dabei waren Adenauers Vorstellungen lange und im besonderen vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 auch in der CDU nicht unumstritten gewesen.

Berlin und Köln, zwei Hauptwurzeln der aus zahlreichen lokalen und regionalen Initiativen hervorgegangenen CDU, repräsentierten verschiedene Richtungen. Beide hatten Rücksicht auf eine Besatzungsmacht zu nehmen, die sowjetische bzw. die britische. Unabhängig von den Konsequenzen, die daraus resultierten, gingen sie aber auch von unterschiedlichen politischen Grundvorstellungen aus.

Die CDU der früheren Reichshauptstadt war stark national und zentralistisch orientiert. Ganz selbstverständlich erhob sie einen deutschlandweiten Führungsanspruch, ungeachtet der Tatsache, daß ihre Vorsitzenden Andreas Hermes und Walter Schreiber, besonders aber der spätere Parteivorsitzende Jakob Kaiser, in gesellschaftlichen Fragen andere, mit den übrigen CDU-Verbänden keineswegs ausdiskutierte Vorstellungen vertraten und wegen der Besatzungssituation eine einheitliche, zonenübergreifende Partei noch gar nicht hatte gegründet werden können.

Jakob Kaiser glaubte angesichts der Aufteilung in vier Besatzungszonen die Einheit erhalten zu können, indem er Deutschland als eine „Brücke“ zwischen Ost und West sah, dem Land also eine neutrale Funktion zuweisen wollte. Mit dieser Vorstellung, die an frühere außenpolitische Konzeptionen des Reiches anknüpfte, konnte er die sowjetische Besatzungsmacht nicht gewinnen – sie zielte angesichts ihrer bereits erreichten Machtposition auf die Sowjetisierung ganz Deutschlands.

Die erste CDU-Führung mit Hermes und Schreiber verlor ihre politischen Funktionen, als sie sich gegen die sowjetische Bodenreform zur Wehr setzte. Beide hatten auf der strikten Achtung des Rechtes bestanden, und das schloß das Recht auf Privateigentum ein. Ernst Lemmer und Jakob Kaiser, die ihnen folgten, wurden von der SMAD im Dezember 1947 aus ihren Ämtern entfernt, als sie gegen die Volkskongreßbewegung der SED opponierten. Ihre Nachfolger, unter ihnen Otto Nuschke, machten nach anfänglichen Versuchen partieller Nichtanpassung jede Wendung der sowjetischen Deutschlandpolitik mit. In den Augen der westdeutschen CDU war die CDU der SBZ damit diskreditiert. Geflüchtete CDU-Politiker gründeten in der Bundesrepublik eine „Exil-CDU“, die in den ersten Jahren über ihre Kontakte in der DDR die Bundes-CDU mit Informationen und Entscheidungshilfen versehen konnte.

In der CDU der Westzonen hatte Konrad Adenauer schon vor der Gründung der Bundesrepublik prägenden Einfluß auf die konzeptionellen Vorstellungen genommen. Im Staatsaufbau und im Verständnis der künftigen Rolle Deutschlands unterschieden sie sich wesentlich von der Berliner Richtung. In realistischer Rücksichtnahme auf die Spielräume, die die Besatzungsmächte zuließen, gab die „West-CDU“ dem Föderalismus den Vorrang vor zentralistischen Vorstellungen. Aber auch gerade wegen der historischen Erfahrungen mit dem deutschen Zentralstaat, der die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur begünstigt hatte, sah man im Föderalismus ein zusätzliches Element der Gewaltenteilung.

Möglicherweise verengte sich der Blick der Berliner Politiker durch die besonderen Probleme der Vier-Sektoren-Stadt. In den Westzonen scheint man jedenfalls den Prozeß der Veränderung in Europa schärfer registriert zu haben. Es ging nicht länger allein um nationalstaatliche Gegensätze, sondern mit dem aufbrechenden Konflikt zwischen der kommunistischen Sowjetunion und den westlichen Demo-

kratien standen sich zwei weltanschauliche Lager mit unvereinbaren Werten gegenüber. In der Ausdehnung der sowjetischen Herrschaft über Polen, die Tschechoslowakei und die übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten sah Adenauer eine direkte Gefahr auch für ganz Deutschland. In der Einschätzung, die er in der Nachkriegsentwicklung gewann, ging es also nicht darum, ob Deutschland zwischen Ost und West existieren, „Brücke“ sein oder einen Sonderweg gehen könnte, vielmehr war für ihn klar: Es ging um Freiheit oder Unfreiheit.

Die Menschen in der Bundesrepublik sahen mit Ausnahme der Kommunisten insgesamt den Westen als Garanten für die Freiheit. Adenauer hätte einer stärkeren Annäherung an Westeuropa schon in den 20er Jahren den Vorzug gegeben, auch um einer Überbetonung des Nationalen in Deutschland entgegenzuwirken. Die wirtschaftliche Verflechtung mit den späteren Benelux-Staaten und Frankreich schien ihm darüber hinaus bereits damals der materiell bessere Weg. Folgerichtig trat er nach dem 2. Weltkrieg für eine „Union der westeuropäischen Staaten“ ein, lange bevor sie Wirklichkeit werden konnte. Erste Schritte auf diesem Weg setzten voraus, daß zumindest die Aufteilung in die drei Westzonen überwunden würde. Seit 1947 schien ihm das möglich. Abgesehen von dem größeren politischen Spielraum würden die westlichen Demokratien so gemeinsam Schutz vor der sowjetischen Expansion bieten.

Adenauer hat das bereits im Frühjahr 1948 offen vertreten. Es gehe darum, schrieb er, „die vom Osten her bereits vollzogene Trennung Deutschlands in Ost und West durch Wiederaufbau der deutschen Einheit vom Westen her zu beseitigen“ (Kölnische Rundschau, 4. April 1948), – mit anderen Worten: Die Einheit war nur nach westlichem Modell zu erreichen. Adenauer sah sich bestätigt durch die Verschärfung des Ost-West-Konfliktes, der mit dem Beginn der Berlin-Blockade durch die Sowjetunion im Juni 1948 einen ersten Höhepunkt erreichte.

Deutschlandpolitik nach den Staatsgründungen 1949

Politisch, aber eben auch ethisch stand für Adenauer außer Frage, daß die beiden deutschen Staatsgründungen im Herbst 1949 keine vergleichbare Qualität besaßen. Auf der einen Seite stand der demokratisch legitimierte Kernstaat Bundesrepublik Deutschland, auf der anderen Seite die DDR, ein Satellit der UdSSR. Konsequenterweise ergab sich daraus für ihn und die damals breite Mehrheit der Menschen in Westdeutschland ein Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland. Die daraus resultierenden Konsequenzen hat Adenauer bewußt akzeptiert. Als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches übernahm die Bundesrepublik auch dessen Lasten, so u. a. die Reichsschulden. Im Unterschied zur DDR hat der westdeutsche Teilstaat ebenso die Verpflichtung zur materiellen Wiedergutmachung der Opfer des Nationalsozialismus angenommen, im besonderen für die Überlebenden des Holocaust und gegenüber dem Staat Israel.

Ein weiteres grundlegendes Element seiner Deutschlandpolitik gelang Adenauer schließlich mit dem Deutschlandvertrag vom Mai 1952, in dem es um den Beitrag der Bundesrepublik zu einem westlichen Verteidigungsbündnis ging. Die Westalliierten verpflichteten sich im Gegenzug, „mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.

Die Sicherheitszusagen schlossen den freien Teil Berlins ein. Auch darüber hinaus hat Adenauer angesichts der keineswegs immer konsequenten Berlin-Politik des Westens „mit viel Kaltschnäuzigkeit und Gerissenheit“ zur Sicherung der Stadt beigetragen (H.-P. Schwarz). Diese Leistung wird historisch heute nicht mehr ernsthaft bestritten und widerlegt das dumpfe Vorurteil, dem katholischen Rhein-

länder hätten das im doppelten Sinne ferne Berlin und seine Menschen wenig bedeutet. In gleicher Weise gilt das für die Behauptung, er habe die Wiedervereinigung gar nicht gewollt. Sie wird exemplarisch begründet mit der negativen Reaktion Adenauers auf die Stalin-Note vom Frühjahr 1952. Die zeitgeschichtliche Forschung ist inzwischen zu dem Ergebnis gekommen, daß Stalin in der Tat keine freiheitliche Lösung der deutschen Frage im Sinn hatte. Es ging vielmehr um die propagandistische Wirkung und darum, die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen zu torpedieren. Erstaunlicherweise werden Stalins tatsächliche Absichten vereinzelt bis heute nicht wahrgenommen.

Die Sicherung der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Integration in den freien Westen, ihr sozial und wirtschaftlich erfolgreiches und anziehendes Beispiel, das rechtliche Offenhalten der Deutschen Frage sowie eine Politik der Stärke des westlichen Bündnisses gegenüber dem Osten – das ist die Essenz der Wiedervereinigungskonzeption, die maßgeblich von Adenauer entwickelt und die von der CDU getragen wurde. Diese Konzeption hat sich langfristig als zutreffend erwiesen.

Auf Langfristigkeit war sie auch angelegt – Adenauer sah klar, daß die Wiedervereinigung erst und nur dann eine realistische Chance erhalte, wenn die Sowjetunion ihre eigene Interessenlage neu definieren und eine Neubestimmung der politischen Landkarte Europas hinnehmen würde. Das war dann 1990 tatsächlich der Fall. Er selbst hatte die Erreichung des Zieles für einen viel früheren Zeitpunkt erhofft – und er hat auch auf Kompromisse und Korrekturen seines Konzeptes eingehen müssen. Um im Jahre 1955 die Heimkehr von 10.000 deutschen Gefangenen aus sowjetischen Lagern zu erreichen, akzeptierte er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR. Dies war ein, wenn auch als besondere Ausnahme gerechtfertigter Verstoß gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und die nach dem Moskau-Besuch konzipierte

Hallstein-Doktrin. Sie schloß solche Beziehungen mit Staaten aus, die die DDR offiziell anerkannt hatten.

Ungeachtet seiner offiziellen und nach außen durchaus mit rhetorischer Schärfe verfolgten Linie hat Adenauer phasenweise über alternative deutschlandpolitische Modelle nachgedacht. Er sah darin keinen inneren Widerspruch, vielmehr war das Teil seiner realpolitischen Strategie. Unter den Bedingungen einer erneuten Berlin-Krise, die 1958 mit weiteren Ultimaten der Sowjetunion begann und mit dem Mauerbau 1961 einen dramatischen Höhepunkt erreichte, suchte Adenauer Anknüpfungspunkte für ein besseres Verhältnis zu den kommunistischen Staaten.

Diese Bemühungen glichen einem Balanceakt, weil Adenauer es gleichzeitig vermeiden mußte, das Vertrauen der Westmächte aufs Spiel zu setzen. Sein Verhalten belegt aber auch, daß das Bild eines Dogmatikers ganz und gar nicht zutrifft. Die verantwortungsethisch begründete Verbindung von Grundsatztreue und Pragmatismus ist freilich ein Verhalten, das in der Politik nicht als selbstverständlich gelten konnte oder gelten kann.

Adenauers Nachfolger Erhard und Kiesinger haben seine ostpolitischen Bemühungen auf diplomatischer Ebene fortgesetzt und intensiviert. Gesprächsfäden, die zu besseren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Osteuropas beitragen sollten, konnten geknüpft werden. Durchgreifende Erfolge, die konkrete deutschlandpolitische Auswirkungen gehabt hätten, wurden jedoch nicht erreicht, weil die CDU und die von ihr geführten Bundesregierungen gegenüber dem Osten zu Zugeständnissen bereit waren, nicht aber zur Preisgabe ihrer Grundsätze. Für die christlich-demokratische Deutschlandpolitik blieb die Einheit der Nation in Frieden und Freiheit Anspruch und Vision.

Vom NATO-Doppelbeschuß zum Honecker-Besuch

Im Oktober 1982 stellte die CDU nach 13jähriger Oppositionszeit mit Helmut Kohl wieder den Bundeskanzler. Die politische Szene, die Medienlandschaft und auch das allgemeine gesellschaftliche Klima in Deutschland wurden zu diesem Zeitpunkt wesentlich bestimmt durch die Massendemonstrationen der sogenannten Friedensbewegung.

Ungeachtet der Entspannungspolitik und des KSZE-Prozesses hatte die Sowjetunion in den 70er Jahren atomar aufgerüstet. Die NATO reagierte mit ihrem von Helmut Schmidt initiierten Doppelbeschuß, Helmut Kohl kündigte seine Umsetzung an. In Westdeutschland protestierten Hunderttausende – eine Bewegung, wie es sie weder vorher noch nachher in der Bundesrepublik gegeben hat. Angesichts der Fixierung auf dieses Thema schien eine Wiedervereinigungspolitik auf lange Sicht keine Chance zu haben.

Erst viel später ist deutlich geworden, in welcher Verbindung Kohls mutige, weil weithin unpopuläre Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses mit der deutschen Frage stand: Zum einen waren wichtige Führungskreise der Friedensbewegung von dem auch in der Bundesrepublik mit Tausenden von Agenten tätigen „Ministerium für Staatssicherheit“ (Stasi) der DDR unterwandert, zum anderen hat die demonstrative Geschlossenheit des Westens, die mit der Haltung Bonns stand und fiel, zu den personellen und politischen Veränderungen in Moskau beigetragen. Der NATO-Doppelbeschuß war eine von mehreren zentralen Voraussetzungen für die Entwicklung, die zum 3. Oktober 1990 führte.

Gerade im eigenen politischen Lager waren nach der Regierungsübernahme hohe Erwartungen an Kohl gestellt worden. Hinter den Kulissen entwickelte sich nicht nur die parteiinterne Kritik, die schließlich zu den bekannten Ereignissen des Bremer Bundesparteitages im September

1989 führte, sondern aus anderer Richtung auch Unzufriedenheit mit seinem vermeintlichen deutschlandpolitischen Attentismus. Diese Kritik verkannte freilich die Ausgangslage. Zum einen sah sich Kohl an die außenpolitischen Verträge der Bundesrepublik sowie die Verträge mit der DDR gebunden, die in den 70er Jahren geschlossen worden waren. Der Grundsatz „*pacta sunt servanda*“ stand für ihn außer Frage. Zum anderen hätte der Koalitionspartner FDP, der diese Abmachungen in der sozial-liberalen Koalition mitverantwortet hatte, einen grundsätzlichen Politikwechsel nicht akzeptiert. Spektakuläre politische Maßnahmen oder demonstrative Kurskorrekturen waren damit ausgeschlossen. Ganz andere Fragen stellten sich im Hinblick auf die praktische Handhabung des vorhandenen Vertragswerkes und die inzwischen üblichen Formen im Umgang mit der DDR. Im besonderen das in den Augen vieler Kritiker vernachlässigte Prinzip von Leistung und Gegenleistung gewann unter Kohl neue Bedeutung.

So gab es eine wichtige Modifikation im Häftlingsfreikauf. Seit den 60er Jahren hatten sich alle Bundesregierungen an diesem problematischen und aus naheliegenden Gründen geheim gehaltenen Verfahren beteiligt. Die Bundesregierungen „kauften“ politische Häftlinge aus DDR-Gefängnissen frei – gegen einen Betrag, der unter Schmidt auf über 90.000 DM pro Person gestiegen war und gegen dessen Erhöhung sich die Regierung Kohl erfolgreich wehrte. Die Zahlung erfolgte nicht bar, sondern vor allem durch Rohstoff- und Konsumgüterlieferungen.

Den westdeutschen Beteiligten war klar, daß sie damit ein Stück weit zur Stabilisierung des SED-Regimes beitragen. Im Interesse der Menschen, die nach rechtsstaatlichen Vorstellungen als unschuldig gelten mußten, war dieses Verfahren aber ohne Alternative. Die DDR ging allerdings im Laufe der Zeit dazu über, unter die Freigekauften auch kriminelle Straftäter zu „mischen“. Das ist unter der Kanzlerschaft Kohls sehr rasch unterbunden worden.

Diese wichtige Korrektur fand naturgemäß ohne öffentliche Wahrnehmung statt. Zeitlich fast parallel gab es eine weitere Veränderung von hoher politischer Qualität. Helmut Schmidt hatte seinerzeit SED-Generalsekretär Honecker zu einem Besuch in die Bundesrepublik eingeladen. Der Besuch mußte wiederholt verschoben werden, und Kohl hatte diese Einladungsverpflichtung schließlich übernommen – und übernehmen müssen. Politische Komplikationen verhinderten zunächst einen konkreten Termin, und in der Zwischenzeit kam Honecker nicht umhin, Vorleistungen zu erbringen.

Kaum ein anderes Thema berührte die Menschen mehr als die Frage der Reisegenehmigungen. Die jetzt von Kohl indirekt herbeigeführten Veränderungen sollten außerordentliche politische Konsequenzen zur Folge haben. Die DDR-Reisebestimmungen sahen vor, daß Besuchsreisen in den Westen in dringenden Familienangelegenheiten genehmigt werden konnten. Das galt im wesentlichen für schwere Erkrankungen von Verwandten 1. Grades oder die Teilnahme an deren Beisetzung. Einen Rechtsanspruch auf Reisegenehmigungen gab es nicht und der politischen Willkür waren Tür und Tor geöffnet.

Im Jahr des Regierungsantritts von Helmut Kohl (1982) konnten 40.000 solcher Genehmigungen registriert werden. Die neue Handhabung der Reisevorschriften führte dazu, daß 1987 – im September besuchte Honecker Bonn – ca. 1,2 Mio. Genehmigungen erteilt wurden. Das bedeutete: Etwa jeder zehnte im aktiven Berufsleben stehende Deutsche in der DDR hatte die Bundesrepublik besuchen und einen Vergleich zwischen den ideellen und materiellen Lebensbedingungen in beiden Staaten anstellen können. Damit waren die Themen für zahllose Diskussionen vorgegeben, und man wird davon ausgehen können, daß sie angesichts größer werdender Versorgungsprobleme die Stimmung in der DDR nicht unbeeinflußt gelassen haben.

Während sich die Bundesregierung auf den Besuch

Honeckers vorbereitete, trafen sich SPD und SED auf hoher Funktionärsenebene. Sie unterzeichneten im August 1987 ein gemeinsames Papier, in dem sie sich bei Unterschieden im Detail grundsätzlich die historisch-politische und moralische Ebenbürtigkeit attestierten. Was für die Öffentlichkeit weithin an Kumpanei grenzte, berührte ältere Sozialdemokraten besonders schmerzlich. Sie erinnerten sich sehr bewußt der Verfolgung und Ermordung sozialdemokratischer Parteifreunde durch Kommunisten in der Nachkriegszeit.

Das SPD/SED-Papier ließ wenig Hoffnung, daß die Idee der Wiedervereinigung in Freiheit bei der Bundestagsopposition noch nennenswerte Unterstützung fand. Freilich – von einer deutschlandpolitischen Aufbruchstimmung konnte zu dieser Zeit auch im Lager von CDU, CSU und FDP nicht die Rede sein.

Ausgerechnet in dieser Situation kam Honecker nach Bonn. Er wähnte sich auf einem Höhepunkt seiner Karriere und die DDR vor ihrer endgültigen Anerkennung, schien doch der protokollarische Verlauf seiner Visite einem Staatsbesuch zu entsprechen.

Sehr bewußt setzte Helmut Kohl einen inhaltlichen Kontrapunkt. Öffentlich konfrontierte er den SED-Generalsekretär mit seiner Sicht und Programmatik. „Das Bewußtsein für die Einheit der Nation“, so Kohl, sei „wach wie eh und je, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren ... Für die Bundesregierung wiederhole ich: Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser Ziel. Wir stehen zu diesem Verfassungsauftrag und wir haben keinen Zweifel, daß dies dem Wunsch und Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland entspricht.“ Kohl ergänzte, daß dieses Bestreben in Einklang mit dem Grundlagenvertrag

zwischen der Bundesrepublik und der DDR und dem Brief zur Deutschen Einheit von 1972 stehe.

Der grundsätzliche Widerspruch zu Honecker und der DDR-Staatsideologie hätte klarer kaum formuliert werden können. Die von den Fernsehstationen beider Staaten direkt übertragene Rede machte den Deutschen in der DDR auch deutlich, daß diese Bundesregierung sie nicht abgeschrieben hatte, sondern auf den historischen Moment wartete, die Teilung Deutschlands zu überwinden. Die gefährliche Wirkung der Kohl-Rede ist von der SED-Führung offensichtlich gesehen worden; jedenfalls enthielt die in der DDR verbreitete offizielle Dokumentation des Besuches die Kohl-Rede nicht.

Politische Einschätzungen und reale Entwicklungen

Wie weit die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik inzwischen deutschlandpolitisch voneinander entfernt waren, ließ kurz nach dem Honecker-Besuch Egon Bahr erkennen. Der „Architekt“ der Ostpolitik Willy Brandts entsprach mit seiner Auffassung jedenfalls äußerlich der DDR-Politik, als er schrieb, es werde auch in Zukunft zwei deutsche Staaten geben: „Das muß man nicht nur wissen, sondern man muß es auch sagen und sogar wollen.“ Die Deutschen hätten „Wichtigeres zu tun“, als „die deutschen Staaten zusammenzuführen“.

Es hieße Egon Bahr Unrecht zu tun, wenn man ihm unterstellte, er sei gegen die Wiedervereinigung gewesen. Als Gefangener seines eigenen deutschlandpolitischen Konstrukts glaubte er aber, daß nur der Verzicht auf die Wiedervereinigung den Frieden in Europa sichern würde. Die konträr entgegengesetzte Auffassung bestimmte das Denken der CDU von Adenauer bis Kohl. Nur die Überwindung der europäischen und der deutschen Teilung, die zwei Seiten derselben Medaille seien – so der christlich-demokrati-

sche Topos über Jahrzehnte – werde den Frieden in Europa sicher machen.

Anfang 1988 waren längst konkrete Ergebnisse eines Prozesses zu erkennen, der ein Jahrzehnt zuvor begonnen hatte und zu der erhofften Veränderung in Europa führen sollte. In Polen hatte die Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ das kommunistische Regime erschüttert, nachhaltig unterstützt durch den neugewählten, aus Krakau stammenden Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła). Er sollte auch bei den folgenden Entwicklungen in Polen und in Osteuropa eine bis heute vielfach unterschätzte Hintergrundrolle spielen.

Mit der Besetzung Afghanistans leitete die sowjetische Führung die erste militärische Niederlage der Roten Armee ein; Beobachter sprachen von dem „Vietnam“ der UdSSR. Die sowjetische Hochrüstung der 70er Jahre und das Afghanistan-Abenteuer provozierten die militärische und technologische Reaktion des neuen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Eine weitere Stufe des Rüstungswettlaufes konnte die Sowjetunion aber selbst bei anhaltender Vernachlässigung der zivilen Versorgung aus ökonomischen Gründen nicht gewinnen.

Durch die krisenhafte Zuspitzung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Probleme verlor die alte Moskauer Führung ihre Machtposition. Der neue KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow wollte die Sowjetunion modernisieren, ohne das System in Frage zu stellen. Mit seiner Politik, die er mit den Schlüsselbegriffen „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umbau) propagierte, wurde er zum Hoffnungsträger vieler im sowjetischen Machtbereich. Selbst in der Bundesrepublik brach eine regelrechte „Gorbimanie“ aus. Sein Wort von dem „gemeinsamen Haus Europa“ bediente nicht zuletzt das verbreitete Harmoniebedürfnis. Kaum jemand dachte daran, daß Konrad Adenauer diese Idee bereits 1961 vorgetragen hatte, fast auf den Tag genau zwei Monate vor dem Mauerbau. Aller-

dings fügte er einen entscheidenden Begriff hinzu: „Unser Ziel ist, daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.“

In der DDR trat mit Gorbatschow eine völlig überraschende Entwicklung ein. Mußten früher die Hochrufe auf sowjetische Führer sorgfältig inszeniert werden, so skandierten die Menschen in Berlin (Ost) jetzt von sich aus Gorbatschow-Rufe. Das irritierte DDR-Regime reagierte mit demonstrativer Abgrenzung gegenüber dem neuen, vergleichsweise offenen Kurs der KPdSU-Führung.

Bürgerrechtsaktivisten deckten die Fälschung der DDR-Kommunalwahlen vom Mai 1989 auf. Wenig später ließ die Pekinger Führung eine Demonstration der chinesischen Demokratie-Bewegung auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ blutig niederschlagen und fand damit abgesehen von Nordkorea im wesentlichen nur die Zustimmung der SED. Das DDR-Regime hatte sich gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber den meisten sozialistischen Partnern selbst isoliert.

Ungarn öffnete als erstes Mitglied des Warschauer Paktes den Eisernen Vorhang. Tausende Deutsche aus der DDR nutzten diesen Weg zur Flucht. Indirekt stellte sich für die DDR die Frage nach der Zukunft, hing doch gerade in ihrem Falle die Existenz des Staates von der möglichst perfekten Einschließung der Bürger ab.

Die Öffnung der ungarischen Grenze erfolgte im September 1989 ausgerechnet am Vorabend des CDU-Bundesparteitages in Bremen und nach Unterrichtung von Bundeskanzler Kohl, der ausgezeichnete Kontakte nach Ungarn aufgebaut hatte. Als das DDR-Regime Reisen nach Ungarn erschwerte, flohen Tausende in die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag und anderen Hauptstädten sozialistischer Staaten. Die Bundesregierung erreichte schließlich durch Verhandlungen, daß sie nach Westdeutschland ausreisen konnten.

Spätestens jetzt zeigte sich, welche entscheidende Be-

deutung es gehabt hatte, daß die Union und nach 1982 die Regierung Kohl nicht auf die Geraer Forderungen Honeckers eingeschwenkt waren, wie es Teile der SPD getan hatten. Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft hätte die Auslieferung der Botschaftsflüchtlinge nahezu unumgänglich gemacht.

Die Fluchtbewegung des Spätsommers 1989 wurde für das DDR-Regime über die Frage des internationalen Ansehens hinaus zu einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problem. Jeden Tag fehlten in den Betrieben und Versorgungseinrichtungen plötzlich Fachleute; die Menschen vermißten ihre Kollegen und Nachbarn, Kinder ihre Mitschüler.

Genehmigungen zur Ausreise hatte die DDR bereits früher in geringer Zahl erteilt; 1983 waren es ca. 14.600 Fälle. Die Regierung Kohl bemühte sich im Interesse der Familienzusammenführung um eine weniger restriktive Haltung der DDR, und so stiegen die Zahlen in den folgenden Jahren auf jeweils ca. 40.000. Ihren absoluten Höhepunkt erreichte die Ausreisewelle unter den besonderen Bedingungen des Jahres 1989 mit 344.000 – das waren mehr als 2 % der DDR-Bevölkerung. Das Problem gewann an Schärfe, weil vor allem jüngere Jahrgänge dem Staat den Rücken kehrten.

Für die Masse der Menschen in der DDR war gleichwohl die Ausreise gar nicht die entscheidende Frage. Sie wollten in ihrer Heimat bleiben, aber sie wollten zugleich ein Ende der politischen Bevormundung, die uneingeschränkte Möglichkeit zu reisen und zurückzukehren, eine intakte Umwelt und ein wirtschaftliches System, das ihnen die Entfaltung ihrer Fähigkeiten erlaubte. Die Demonstrationen erhielten immer größeren Zulauf, wobei sich deren Zielsetzung politisch erweiterte. Vor dem Hintergrund der Fluchtbewegung stiegen die Teilnehmerzahlen an den „Montagsdemonstrationen“ in die Hunderttausende. Am 4. November 1989 nahmen an einer Demonstration in Berlin (Ost) etwa eine Million Menschen teil.

Im Unterschied zur DDR nutzten die anderen sozialistische Staaten den Spielraum, den ihnen der sowjetische Reformkurs bot. In Polen gab es bereits den ersten nicht-sozialistischen Regierungschef. Der realitätsentrückte Honecker aber verstieg sich am 40. Jahrestag der DDR-Gründung zu der These, die DDR werde die Schwelle zum Jahr 2000 in der Gewißheit überschreiten, daß „dem Sozialismus die Zukunft gehört“.

Gorbatschows Warnung „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, erreichte ihn nicht mehr. Im Oktober 1989 verlor Honecker alle Funktionen, und auch sein Nachfolger Egon Krenz konnte den Zerfallsprozeß der DDR nicht aufhalten. Die eher zufällige Öffnung der Mauer am 9. November 1989 löste eine Volksbewegung aus: Nach mehr als 28jähriger Einsperrung strömten Hunderttausende aus der DDR und Berlin (Ost) in die Bundesrepublik und nach Berlin (West) – und kehrten ganz selbstverständlich in ihre Heimat zurück.

Der Einigungsprozeß 1989/90

Die Ereignisse verliefen absolut friedlich. Auch die Bundesregierung tat alles, um einer Zuspitzung der Lage mit möglicherweise unkalkulierbaren Folgen entgegenzutreten. Noch vor der Maueröffnung erklärte Kohl vor dem Deutschen Bundestag, die Bundesregierung sei „zu umfassender Hilfe“ für die DDR bereit, und zwar unter den Voraussetzungen, die den Intentionen der Demonstranten entsprachen: der Durchführung freier Wahlen, der Abschaffung des in der DDR-Verfassung verankerten Machtmonopols der SED und der Gründung unabhängiger Parteien.

Die Nachricht von der Maueröffnung erreichte Kohl in Warschau. Im Kreis seiner engsten Mitarbeiter bemerkte er, jetzt werde „Weltgeschichte“ geschrieben. Kohl unterbrach seinen Staatsbesuch in Polen und reiste unverzüglich

nach Berlin – auch in dem Bewußtsein, wie übel man es Adenauer genommen hatte, daß er sich auf Anraten der Westalliierten nach dem 13. August 1961 nicht sofort in die geteilte Stadt begeben hatte.

Kohl bemühte sich in den folgenden Tagen darum, den Besorgnissen Gorbatschows entgegenzuwirken. Gorbatschow befürchtete eine Eskalierung der Lage in der DDR, zumal die Proteste der Menschen anhielten. Der neue Ministerpräsident Modrow, der zunächst als Hoffnungsträger galt und später als Fälscher der Kommunalwahlen vom Mai 1989 rechtskräftig verurteilt wurde, trat die Flucht nach vorne an. Er offerierte der Bundesregierung eine umfassende „Vertragsgemeinschaft“. Den Menschen in der DDR war das zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr genug: Sie forderten statt des SED-Regimes, das ökonomisch, politisch und moralisch am Boden lag, offen die Einheit Deutschlands.

Unübersehbar glitt die Entwicklung der DDR-Staatsführung aus den Händen. In dieser Situation ergriff Helmut Kohl die Initiative. Im Deutschen Bundestag trug er am 28. November 1989 ein Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor. Das Programm, das mit den Bündnispartnern nicht abgestimmt war, enthielt einen Stufenplan, aber keinen festgelegten Zeithorizont. Die Medien im In- und Ausland reagierten überwältigend positiv: Kohl hatte in dieser historischen Situation die Meinungsführerschaft übernommen.

Über seinen Kanzleramtsminister Seiters erreichte Kohl in Berlin (Ost) die Wiederherstellung der völligen Reisefreiheit in Deutschland, die es seit 1945 nicht mehr gab, und als er am 19./20. Dezember 1989 Dresden besuchte, wurde er von Zehntausenden vor der Ruine der Frauenkirche begeistert gefeiert. Er vermittelte den Menschen seine Entschlossenheit, die Teilung Deutschlands zu beenden. Genau dies entsprach den Hoffnungen der Menschen.

Der SED-Staat hatte seine Autorität und inzwischen

auch seinen Schrecken verloren, obwohl die Stasi weiterarbeitete. Die Staatspartei SED nannte sich seit Dezember 1989 „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS), ohne überzeugende programmatische oder personelle Veränderungen vorzunehmen.

Die durch kommunistischen Zwang gleichgeschaltete CDU der SBZ/DDR war zu diesem Zeitpunkt auf ihrem notwendigen Weg der Selbsterneuerung bereits entscheidend vorangekommen, ohne daß dies angesichts der dramatischen Vorgänge in der DDR im Westen hinreichend wahrgenommen worden wäre. In den letzten Jahren hatte es immer wieder kritische Anfragen der Parteibasis gegeben, und der „Brief aus Weimar“, den vier CDU-Mitglieder aus Thüringen im September 1989 an ihre Parteiführung richteten, wurde zum „Kristallisationspunkt eines breiten Reformverlangens“ (M. Agethen). Die fehlende Selbständigkeit von der SED, die Reiseproblematik, die Pressefreiheit, die tatsächliche wirtschaftliche Lage in der DDR und die Wahlfälschungen – der Brief artikulierte zentrale Kritikpunkte. Während ein ähnlicher Vorstoß aus dem Berliner Raum 1988 durch das Regime erfolgreich unterdrückt werden konnte, gelang das mit dem „Brief aus Weimar“ nur vorübergehend.

Die CDU der DDR vollzog im Herbst 1989 die Selbstreform vor dem Hintergrund des Massenprotestes in den Städten, der größeren Diskussionsspielraum zuließ. Von nicht geringerer Bedeutung war es, daß sich aktive, im besonderen kirchlich eingestellte Mitglieder auf die Grundlagen und Ideale besannen, die einmal zur Gründung der Partei geführt hatten. Anfang November 1989 mußte die SED-hörige Parteiführung zurücktreten, einen Tag später verlangte die CDU die Einberufung der Volkskammer. Mit ihren Forderungen, die DDR-Regierung solle die Vertrauensfrage stellen, ein neues Wahlgesetz ausarbeiten und die Kommunalwahlen vom Mai 1989 wiederholen, zeigte die CDU, daß es ihr nicht um die Modifikation ihrer Rolle im

„Blocksystem“ der DDR ging, sondern daß sie sich als Teil der Opposition verstand. Wenige Tage später strich sie die Anerkennung der führenden Rolle der SED aus ihrer Satzung – und stellte sich damit gegen die Verfassung und das politische System der DDR schlechthin.

Neben die reformierte, gleichwohl aber in den Augen mancher Kritiker durch die Vergangenheit belastete CDU traten neue politische Gruppierungen wie das „Neue Forum“ oder der „Demokratische Aufbruch“ (DA). Auf unterschiedlichen lokalen und regionalen, zuletzt auch auf staatlicher Ebene suchte man nach Problemlösungen an sog. Runden Tischen. Im Februar 1990 kam das Ende der SED-Diktatur: Modrow mußte eine „Regierung der nationalen Verantwortung“ unter Einschluß oppositioneller Vertreter bilden. Es war eine Regierung des Übergangs. Modrow, dem die Legitimation durch demokratische Wahlen fehlte, konnte weder die notwendige Anerkennung in der DDR noch in der Bundesrepublik oder im Ausland erreichen.

Kohl hatte sich in der Vergangenheit nachhaltig um das Vertrauen der sowjetischen Führung unter Gorbatschow bemüht und seine Verlässlichkeit bewiesen. Das zahlte sich jetzt aus. Als er mit Außenminister Genscher am 10./11. Februar 1990 Moskau besuchte, hatte die sowjetische Führung Modrow und die DDR faktisch aufgegeben: Kohl reiste mit der Zusicherung ab, daß die Deutschen selbst über die Frage der staatlichen Einheit und ihren Weg dazu entscheiden sollten.

Ein Meilenstein auf diesem Weg waren die ersten und zugleich letzten freien Volkskammerwahlen, die am 18. März 1990 in der DDR stattfanden. Im Wahlkampf engagierten sich auch die Spitzenpolitiker der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik. Zur Überraschung fast aller Beobachter, die einen Wahlsieg der SPD voraussagten, erreichte die „Allianz für Deutschland“ mit fast 48 Prozent die meisten Stimmen. In ihr hatten sich die CDU, die neugegründete „Deutsche Soziale Union“ (DSU) und der DA

zusammengefunden. Der Sieg war ohne Frage ein Votum für Helmut Kohl, obwohl der Bundeskanzler gar nicht zur Wahl stand.

Die Parteien der „Allianz“, die SPD und die Liberalen bildeten eine Koalition, die den seit Anfang November 1989 amtierenden CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten wählte. Die Koalitionsvereinbarung bezeichnete es als zentrales Ziel, „die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der Bundesrepublik auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes zügig und verantwortungsvoll für die gesamte DDR gleichzeitig zu verwirklichen“. Damit war auch den Kräften eine Absage erteilt, die an einen „dritten Weg“ glaubten und die Möglichkeit, die DDR zu erhalten.

Bereits am 1. Juli 1990 trat der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft. In der Präambel hieß es, diese Union stelle „einen ersten bedeutenden Schritt in Richtung auf die Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes“ dar. Im Vorfeld hatte Kohl u. a. durch die Zusage wirtschaftlicher Hilfe die endgültige Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung erreicht.

Der später kontrovers diskutierte Umtauschkurs der DDR-Währung, der die Sparguthaben der Menschen begünstigte, ist von Kohl ausdrücklich befürwortet worden; de Maizière sprach von einer großzügigen Geste. Über die tiefe Krise der DDR-Wirtschaft, so de Maizière, solle sich niemand Illusionen machen. Die Menschen in der DDR seien jetzt aufgerufen, die Chancen zu nutzen, die die D-Mark-Einführung biete.

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion fand in der Bundesrepublik breite Zustimmung. Lediglich die Ministerpräsidenten des Saarlandes und Niedersachsens, Lafontaine und Schröder, lehnten den Vertrag im Bundesrat ab.

Am 4. Juli 1990 begann in Berlin (Ost) unter Führung von Wolfgang Schäuble für die Bundesrepublik und Günt-

her Krause für die DDR die erste Verhandlungsrunde über den Einigungsvertrag. Die Volkskammer beschloß am 22. Juli die Wiedererrichtung der 1952 von der SED aufgelösten Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen, und am 23. August folgte der Beschluß, „den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990“ zu vollziehen.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Haltung der europäischen Nachbarn, im besonderen Polens, bestätigten beide Staaten die Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze des wiedervereinigten Deutschlands. Die besonders für die Vertriebenen schmerzliche Entscheidung war notwendig, um den Einigungsprozeß zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht grundsätzlich zu gefährden. Der Weg zur Wiedervereinigung war frei, weil es der Bundesregierung gelang, die Zustimmung aller europäischen Nachbarn zu gewinnen. Unerwartete Schwierigkeiten gab es mit einigen Bündnispartnern. Um so wichtiger war es, daß die Bundesregierung auf die von Konrad Adenauer im Deutschland-Vertrag erreichten Verpflichtungen verweisen konnte.

Eine in diesem Prozeß jederzeit positive Haltung zur deutschen Frage nahmen die USA und im besonderen Präsident Bush sr. ein. Man wird das auch mit sehr grundsätzlichen amerikanischen Vorstellungen von Freiheit und Demokratie erklären können. Nicht weniger entscheidend dürfte es gewesen sein, daß die der CDU angehörenden Bundeskanzler von Adenauer bis Kohl zwar nicht von einer „uneingeschränkten Solidarität“ gegenüber den USA sprachen (so Bundeskanzler Schröder nach dem 11. September 2001), sich statt dessen aber kontinuierlich um Offenheit und Vertrauen in den wechselseitigen Beziehungen bemüht hatten.

In einer Reihe von Verträgen, für die Kohl mit Geschick und in zum Teil sehr persönlichen Kontakten die entschei-



Helmut Kohl in Erfurt, 20. Februar 1990 (ACDP)

denden politischen Voraussetzungen erreicht hatte, wurden die außenpolitischen Rahmenbedingungen für die Wiedervereinigung geschaffen. Dazu gehörte aus seiner Sicht ganz selbstverständlich auch, daß das wiedervereinigte Deutschland Teil der westlichen Wertegemeinschaft und in der Folge Mitglied des Verteidigungsbündnisses NATO sein würde.

Die CDU und die deutsche Einheit

Anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion hatte Helmut Kohl von einem Traum gesprochen, der Wirklichkeit zu werden beginne, „der Traum von der Einheit Deutschlands und Europas“. Nur drei Monate später, am 3. Oktober 1990, wurde vor dem Berliner Reichstagsgebäude in feierlicher Zeremonie die schwarz-rot-goldene Fahne als Symbol der deutschen Einheit aufgezogen.

Seit der Verabschiedung des Grundgesetzes hatte sich die Union dem in der Präambel formulierten Auftrag verpflichtet gesehen, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Diese Verpflichtung, die ihr deutschlandpolitisches Grundverständnis bestimmte, ist in der Union nie in Frage gestellt worden. Die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen war eben nicht nur ein Thema für Sonntagsreden, sondern als *Sigle* für die Wiedervereinigung Teil des Selbstverständnisses der CDU. Seit Gründung der Bundespartei zieht sich diese Forderung wie ein roter Faden durch die Programmatik und die konkrete Politik der CDU und ihrer Schwesterpartei, der CSU.

Eine vergleichbare Kontinuität hat es in keiner anderen Partei der Bundesrepublik gegeben – 1990 hatte die westdeutsche SPD, von meist älteren Sozialdemokraten abgesehen, ein gebrochenes Verhältnis zur Nation und die

noch jungen Grünen standen dem Thema nicht zuletzt wegen der Herkunft führender Persönlichkeiten aus zum Teil obskuren studentischen Organisationen fern. In der FDP bedurfte es im Herbst 1989 einiger Neuorientierungen, ehe sie geschlossen und zielgerichtet den Wiedervereinigungskurs von Helmut Kohl mittrug.

Die CDU hat programmatisch – und in manchen Wahlkämpfen demonstrativ – auf die Freiheit gesetzt. Tatsächlich wuchs das Verständnis der CDU dafür, daß die deutsche Teilung und die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht nicht nur eine nationale Dimension hatten. Letztlich ging es um das Schicksal des gesamten Kontinents. Die Grenze, die Deutschland teilte, teilte zugleich Europa, und so war es keine rhetorische Wendung, sondern eine ethische und zugleich realpolitische Aussage, daß die europäische und die deutsche Frage zwei Seiten einer Medaille seien.

Selbst wenn eine heute weithin „säkularisierte“ CDU sich ihres ursprünglichen weltanschaulichen Konsenses bisweilen nicht mehr bewußt sein sollte, so ist doch das christliche Menschenbild in vielfältiger Hinsicht und eben auch in der Deutschlandpolitik Ausgangspunkt des Handelns geblieben. Aus dem Alten und dem Neuen Testament, aus der jüdischen und der christlichen Tradition entstanden, bestimmt dieses Bild den Menschen als zur Freiheit geboren. Der „natürliche“ Zustand der Freiheit bildet folgerichtig die Voraussetzung für wirklichen Frieden. Die Hinnahme von Diktaturen kann daher nicht dauerhaft friedenssichernd sein. Erst ihre Überwindung, erst die Freiheit schafft den Frieden. Das ist 1989/90 in Europa und in Deutschland gelungen. Daran haben die CDU und die CSU ihren historischen Anteil.

Lit.: ARETZ, Jürgen: Die Wiedervereinigung Deutschlands. Vorbedingungen und Gestaltung. In: Geschichtsbilder: Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945. Hg. von Jürgen ARETZ/Günter BUCHSTAB/Jörg-Dieter GAUGER. Freiburg 2003, S. 213–286;

SCHWARZ, Hans-Peter: Die CDU und die deutsche Einheit. In: In Verantwortung für Deutschland – 50 Jahre CDU. Hg. von Gerd LANGGUTH. Köln 1996, S. 39–68; DERS.: Deutschlandpolitik. In: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hg. von Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 492–499.